Deutsch-Chinesische Nachrichten

Deutsche Abendzeitung | 德 華 日 報 | Eingetragen als Zeitung auf dem Chinesischen Postamt.

中華郵政特准掛號立券之報紙

9. Jahrgang | Tientsin, Mittwoch, den 14. September, 1938. | Nr. 2441

Die Antwort der Tschechei:

Standrecht, Panzerwagen und Mord!

Tschechischer Offizier schiesst auf einen englischen Gesandtschaftsattaché

Standrecht und Mord im Sudetenland

Feuerüberfälle auf Arbeiter, Demonstranten und Schulkinder

Tschechische Soldateska und Gendarmerie wütet in deutschen Häusern

Prag, den 14. September (Transocean) Die Spannung in der Tschecho-Slowakei wächst mit jeder Stunde. Der tschechische Aussenminister Krofta, der am Dienstag zu der Völkerbundstagung nach Genf fahren wollte, hat angesichts der Verschärfung der Lage die Reise abgesagt.

Die Prager Regierung hat beschlossen, im ganzen Staatsgebiet sämliche Versammlungen, Veranstaltungen gleichviel ob es sich um politische sowie Umzüge und ähnliche Veranstaltungen handelt, zu verbieten. Gleichzeitig ist in einigen Bezirken das Standrecht verhängt worden. Hiervon sind die Bezirke Eger, Neudeck, Pressnitz, Ellbogen, Kaaden am Dienstag Vormittag und Karlsbad, Falkenau und Krumau am Dienstag Nachmittag betroffen worden.

Diese Massnahmen werden mit Zwischenfällen begründet, die sich bei Freudenkundgebungen der sudetendeutschen Bevölkerung nach der Rede des Führers ereignet haben sollen. Infolge der zahlreichen Unterbrechungen von Telefon- und Telegrafenlinien sowie der strengen tschechischen Zensurmassnahmen war es in Prag am Dienstag Nachmittag noch nicht möglich, ein abschliessendes Bild über die Kundgebungen der sudetendeutschen Bevölkerung zu gewinnen.

Nach bisher vorliegenden Einzelmeldungen hat sich überall das Gleiche ereignet. Die Bevölkerung verfolgte am Montag Abend die Rede des Führers in Nürnberg am Radio und ist dann auf die Strassen und Plätze geeilt, wo sie ihrer inneren Bewegung Ausdruck gab. In vielen sudetendeutschen Orten läuteten die Kirchenglocken und heulten die Fabriksirenen. Sudetendeutsche Abgeordnete hielten kurze Ansprachen. Die Kundgebenden schlossen sich in Zügen zusammen und marschierten diziplinert mit dem Gesang deutscher Lieder durch die Strassen. Die Ordner der Sudetendeutschen Partei sorgten für Ruhe und Diziplin. Teilweise waren ganze Strassenzüge mit Hakenkreuzfahnen geschmückt.

Nach Meldungen, die bis Dienstag Mittag aus Trautenau, Weiperl und Graslitz vorlagen, waren dort 45 000 Menschen versammelt, die in Sprechchören ihre Zugehörigkeit zum grossdeutschen Volk bekannten und das Selbstbestimmungsrecht forderten. Beim Heimmarsch einzelner Gruppen erfolgte plötzlich von tschechischer Seite ein Feuerüberfall, bei dem der Sudetendeutsche Helmut Lang tötlich getroffen wurde. Durch eine verirrte Kugel wurde der aus einem Fenster schauende und an der Kundgebung völlig unbeteiligte Rudolf Vacha in den Hals getroffen, sodass er verblutete.

(Fortsetzung Seite 3)

Weder Mobilmachung noch Truppenverschiebungen in Deutschland

Berlin, den 14. September (Transocean) Die im Ausland umgehenden Gerüchte, dass Deutschland eine teilweise Mobilmachung seiner Truppen befohlen hat und dass bereits Truppen an die tschechische Grenze gesandt wurden, werden am Dienstag Abend in gutunterrichteten Kreisen für absurd und ohne jegliche Begründung erklärt.

Die Folge des tschechischen Wütens

4 Forderungen der Sudetendeutschen Partei

Die Tchechen wollen weiter morden

Die Forderungen der Sudetendeutschen Partei

Prag, den 14. September (Transocean) Die Hauptstelle der Sudetendeutschen Partei in Eger teilt am Dienstag Abend mit: „In der heute in Eger stattgefundenen gemeinsamen Sitzung prüften der Politische Ausschuss und die Verhandlungsdelegation der Sudetendeutschen Partei die durch die Zwischenfälle am Montag und Dienstag und die Massnahmen der Regierung geschaffene politische Lage. Die Verhandlungsdelegation der Sudetendeutschen Partei verwies hierbei darauf, dass seit Februar 1938 der tschechoslowakische Ministerpräsident wiederholt erklärt hat, dass die Regierung nichts von Bedeutung ohne vorheriges Einvernehmen mit der Sudetendeutschen Partei unternehmen werde. Obwohl die vier Delegationsmitglieder am Dienstag bis 10.30 Uhr vormittags in Prag weilten und sogar in telefonischer Verbindung mit dem Präsidium des Ministerrats standen, hat die Regierung ohne Fühlungnahme mit der Führung der Sudetendeutschen Partei ausserordentlich weitgehende, beunruhigende Massnahmen angeordnet und durchgeführt. So wurden verstärkte Gendarmerie- und Polizeiabteilungen in deutsche Bezirke gelegt und über grosse deutsche Gebiete durch Rundfunk das Standrecht verhängt. Nach der Beratung richtete der Stellvertreter Henleins, der Abgeordnete Karl Hermann Frank, an den Ministerpräsidenten Hodza folgende Forderungen Konrad Henleins, die um 17,30 Uhr überreicht wurden.

„Die Führung der Sudetendeutschen Partei stellt fest, das eine grosse Zahl Sudetendeutscher durch Staatsorgane und tschechische Grenzler getötet und verletzt worden sind. Bei dieser Lage sieht sich die Führung der Sudetendeutschen Partei ausserstande, frei und unbeeinflusst über das Recht und Schicksal des Sudetendeutschtums mit der Regierung zu verhandeln, wenn die Regierung nicht folgende Massnahmen trifft:

Erstens: Die Erklärung des Standrechtes wird sofort zurückgenommen.

Zweitens: Aus allen Bezirken mit deutscher Bevoelkerungsmehrheit wird die Staatspolizei zurückgezogen und die Ausübung der Polizeigewalt den Bürgermeistern und Gemeindevorstehern übertragen, die auch für die Einrichtung entsprechender Ersatzorgane zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung zu sorgen haben.

Drittens: Die Gendarmerie und alle übrigen Organe der sogenannten „Staatssicherheitswache" sind auf ihre normalen Funktionen und ihren normalen Stand zu beschränken. Sie haben gleichzeitig mit der Zurückziehung der Staatspolizei ein Einvernehmen mit den Bürgermeistern herzustellen, um weiteres Blutvergiessen zu vermeiden.

Viertens: Sämtliche militärischen Formationen sind in ihren Unterkünften und rein militärischen Objekten zu kasernieren. Sie sind von der Zivilbevoelkerung fernzuhalten.

Falls diese Forderungen des Sudetendeutschtums zur Herstellung des normalen Zustandes, unter dem allein verhandelt werden kann, nicht binnen sechs Stunden, „das wäre 23,29 Uhr", angenommen, angeordnet, veroeffentlicht und insbesondere durch Rundfunk verbreitet wird, lehnt die Führung der Sudetendeutschen Partei jede Verantwortung für die weiteren Entwicklungen ab."

Die tschechische Regierung wird auf die sudetendeutschen Forderungen nicht antworten

Prag, den 14. September (Transocean) Der unter des Staatspräsidenten Benesch noch um Mitternacht tagende politische Ministerausschuss hat, wie halbamtlich mitgeteilt wurde, beschlossen, auf die an die Regierung gerichteten, sudetendeutschen Forderungen nicht zu antworten, und zwar mit der Begründung, dass die Regierung nach der Verfassung zu einer Antwort nicht verpflichtet sei. Die sudetendeutschen Führer wurden jedoch eingeladen, nach Prag zu kommen, um mit der Regierung unmittelbare Fühlung aufzunehmen.

Abberufung der Verhandlungsdelegation der Sudetendeutschen Partei

Berlin, den 14. September (Sender) Aus Asch wird gemeldet, dass Konrad Henlein die Verhandlungsdelegation abberufen hat. Er dankte den Delegierten für ihre Hilfe und Mitarbeit.

Frühere Meldung

Prag, den 14. September (Transocean) Die tschecho-slowakische Regierung wird, wie verlautet, das sudetendeutsche Ultimatum ablehnen, jedoch in einer Form, die weitere Verhandlungen nicht ausschliesst.

Die Bestätigung hierfür lag bis 22 Uhr noch nicht vor. Auch war zu diesem Zeitpunkt die Antwort an die Sudetendeutschen noch nicht erteilt.

Seit Dienstag früh sind die tschecho-slowakischen Minister fast ohne Unterbrechung zu Beratungen versammelt, an denen abends auch Staatspräsident Benesch teilnahm.

Von sudetendeutscher Seite wird im Parteiultimatum erklärt, dass die Parteiführer durch Verhängung des Standrechts, durch das Versammlungsverbot und durch die ständige Beschlagnahme sudetendeutscher Zeitungen keine Möglichkeit mehr hätten, die Bevölkerung zu beeinflussen. Sie fürchteten daher, dass ihnen immer mehr die in Erregung geratende Sudetenbevölkerung aus der Hand gleitet und dass der durch die Regierungsmassnahmen geschaffene Zustand von Provokateuren ausgenutzt wird, um systematisch Zwischenfälle herbeizuführen. Aus diesen Gründen habe die sudetendeutsche Parteiführung im Bewusstsein ihrer Verantwortung in vollster Sorge um die Wiederherstellung normaler Zustände von der Regierung die Rückgängigmachung ihrer Massnahmen verlangt.

(Fortsetzung Seite 8)